

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales
Sitzungsnummer	AJKSS/014/2013 Öffentliche Sitzung
Sitzungsdatum	Montag, 22.04.2013
Sitzungsbeginn	19:00 Uhr
Sitzungsende	21:58 Uhr
Sitzungsort	Idstein, Altes Amtsgericht

Teilnehmerliste

Stellv. Vorsitzender

Herr Jürgen Beranek

CDU-Fraktion

Frau Christa Engel

Herr Ernst Garkisch

Herr Peter Piaskowski

Herr Jens Rosam

für Frau Petra Ludwig

für Frau Dr. Petra Schneider

SPD-Fraktion

Herr Volker Nies

Herr Helmut Urban

Herr Sebastian Vogel

für Herrn Jürgen Volkmar

FWG-Fraktion

Frau Karin Gänßler

Herr Stefan Gärth

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Timo Müller

Herr Peter Swarovsky-Pergande

Vertreter des Magistrats

Herr Gerhard Krum

Herr Sven Hölzel

Mitglieder der Verwaltung

Herr Helmut Rinke

ferner

19 Zuhörer

Schriftführer

Herr Markus Tuschy

Tagesordnung

1		Genehmigung der letzten Niederschrift
2	025/2013	Kindertagesstätten der Stadt Idstein
3	069/2013	Antrag der SPD-Fraktion betr. "Kein Qualitätsabbau in Kitas durch das KiföG"
4	063/2013	Antrag der FWG-Fraktion betr. Idstein als "Fairtrade Town"
4.1	072/2013	Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung der Drucksache-Nr. 063/2013 betr. Idstein als "Fairtrade Town"
5	068/2013	Antrag der SPD-Fraktion betr. Bericht zum Sozialen Wohnungsbau in Idstein
6		Mitteilungen des Magistrats
7		Verschiedenes

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, **Stadtverordneter Beranek**, begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Ausschusssitzung.

Zur Änderung der Tagesordnung beantragen die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Vertagung des Tagesordnungspunktes 2, Drucksache-Nr. 25/2013, betr. Kindertagesstätten der Stadt Idstein. Die SPD-Fraktion beantragt die Beratung der Beschlussvorlage. Die FWG-Fraktion stellt einen Änderungsantrag zur Drucksache-Nr. 25/2013, welcher den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt. Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, **Stadtverordneter Beranek**, fasst die Anträge der Fraktionen zum Tagesordnungspunkt 2 zusammen.

Der Ausschuss stimmt einvernehmlich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, betr. Vertagung des Tagesordnungspunktes ab.

Beschluss:

Die Beratung zur Drucksache-Nr. 25/2013, betr. Kindertagesstätten der Stadt Idstein, wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

bei Stimmengleichheit abgelehnt

Ja: 6 Nein: 6 Enthaltung: 0

Zum Tagesordnungspunkt 4 liegt ein Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache-Nr. 72/2013, betr. Idstein als „Fairtrade Town“ vor. Der Ausschuss stimmt einvernehmlich zu, dass der Antrag der CDU – Fraktion unter Tagesordnungspunkt 4 beraten wird.

Protokollierung

1	Genehmigung der letzten Niederschrift
---	----------------------------------------------

Bemerkungen:

Die Niederschrift der letzten Sitzung wurde einstimmig genehmigt.

2	025/2013	Kindertagesstätten der Stadt Idstein
---	-----------------	---------------------------------------------

Bemerkungen:

Bürgermeister Krum berichtet über die Erarbeitung der Beschlussvorlage durch die Mitglieder der Magistratsprojektgruppe. Den Stadträten der Magistratsprojektgruppe gebührt ein großer Dank. Durch Elternbeiträge soll ein Kostendeckungsgrad von 33% erreicht und die Bildungs- und Betreuungsqualität erhalten werden. Der jährliche Zuschuss für die Kinderbetreuung in Höhe von über 4.000.000 € sowie die Auflagen der Kommunalaufsicht zwingen uns im Bereich der Kinderbetreuung zu Reformen. Die Beschlussvorlage trägt dem Rechnung und sichert die Qualität in der Kinderbetreuung.

Stadtrat Hölzel führt zu den einzelnen Punkten in der Beschlussvorlage aus, dass diese im Konsens mit den Leitungen der Kindertagesstätten erarbeitet, mit allen kommunalen Elternbeiräten und dem Stadtelternbeirat besprochen wurden. Die Stellungnahmen des Stadtelternbeirates und der Elternbeiräte wurden sorgfältig geprüft und in die überarbeitete Beschlussfassung eingefügt. Den Erhalt und Ausbau der Betreuungs- und Bildungsqualität in den Idsteiner Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die bedarfsgerechte Angebotsstruktur standen bei der Erarbeitung der Beschlussvorlage im Mittelpunkt.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, **Stadtverordneter Beranek**, bedankt sich für die Ausführungen zur Beschlussvorlage und für die geleistete Arbeit der Stadträte.

Stadtverordneter Gärth erläutert den Änderungsantrag der FWG-Fraktion, wonach eine Sondersitzung des Ausschusses unter Beteiligung des Stadtelternbeirates zur Beratung angestrebt wird.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen, dass Punkt 7 „Erhöhung des Verpflegungsentgeltes“ aus dem Beschlussvorschlag zur Drucksache-Nr. 25/2013 zu streichen ist. **Stadtverordneter Swarovsky-Pergande** begründet den Antrag, dass die Anhebung des Verpflegungsentgeltes, gemäß der Gebührensatzung der Stadt Idstein, der Magistrat zu beschließen hat. Weiterführend wird beantragt, dass Vertreter der Elterninitiative „eltern-idstein.de“ zur Sondersitzung des Ausschusses neben dem Stadtelternbeirat eingeladen und gehört werden. Die schriftliche Beantwortung der Berichtsansträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache-Nr. 232/2012, betr. Bericht zur Situation der Idsteiner Kindertagesstätten und der SPD – Fraktion, Drucksache-Nr. 238/2012, betr. Bericht zur Gebührensituation in den Idsteiner Kindertagesstätten, sollen zwei Wochen vor der regulären Ausschuss- bzw. Sonderausschusssitzung vorliegen.

Verwaltungsangestellter Rinke sichert zu, dass die Beantwortung der Berichtsansträge bis Mitte Mai erfolgt.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, **Stadtverordneter Beranek**, fasst die Beschlussanträge zusammen. Der Ausschuss stimmt den Ausführungen des stellvertretenden Vorsitzenden zu, dass zunächst über die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und im Anschluss über den Änderungsantrag der FWG-Fraktion abgestimmt wird.

Beschluss:

Im Beschlussvorschlag zur Drucksache-Nr. 25/2013 ist Punkt 7 „Erhöhung des Verpflegungsentgeltes“ zu streichen.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich abgelehnt

Ja: 1 Nein: 9 Enthaltung: 1

Beschluss:

Zur Sondersitzung des Ausschusses werden Vertreter der Elterninitiative „eltern-idstein.de“ eingeladen.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich abgelehnt

Ja: 2 Nein: 10 Enthaltung: 0

Beschluss:

Die schriftliche Beantwortung der Berichtsansträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache-Nr. 232/2012, betr. Bericht zur Situation der Idsteiner Kindertagesstätten und der SPD – Fraktion, Drucksache-Nr. 238/2012, betr. Bericht zur Gebührensituation in den Idsteiner Kindertagesstätten, soll zwei Wochen vor der Ausschusssitzung vorliegen.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich abgelehnt

Ja: 2 Nein: 7 Enthaltung: 3

Der Ausschuss stimmt über den Änderungsantrag der FWG-Fraktion zur Drucksache-Nr. 25/2013 ab.

Beschluss:

1. Punkt 7 des Beschlussvorschlages wird in der heutigen Sitzung beschlossen (Anhebung Verpflegungsentgelt)
2. Es wird eine Sondersitzung AJKSS unter Beteiligung des Stadtelternbeirates erfolgen.
3. Bis dahin werden die übrigen Beschlusspunkte aus der Drucksache-Nr. 25/2013 zurückgestellt.
4. Die Sondersitzung wird so terminiert, dass danach noch fraktionsinterne Beratungen stattfinden können.
5. Es ist anzustreben, dass in einer der kommenden regulären Ausschusssitzungen abschließend über die Vorlage beraten werden kann.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltung: 1

Tagesordnung II

3	069/2013	Antrag der SPD-Fraktion betr. "Kein Qualitätsabbau in Kitas durch das KiföG"
---	----------	------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Stadtverordneter Vogel erläutert die Beschlussvorlage der SPD-Fraktion zum neuen Hessischen Kinderförderungsgesetz, welches zum 1. Januar 2014 in Kraft treten soll. Der Gesetzesentwurf der Landesregierung gefährdet die Betreuungsqualität in den Kinderbetreuungseinrichtungen.

Stadtverordneter Rosam berichtet, dass die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmt. Im zweiten Entwurf wurden die aufgeführten Kritikpunkte von der Landesregierung mit den Spitzenverbänden verhandelt und überarbeitet.

Bürgermeister Krum berichtet über den Sachstand zum überarbeiteten Gesetzesentwurf der Landesregierung, welcher auf Konsens der Verhandlungspartner und Spitzenverbänden beruht und in zweiter Lesung dem Landtag vorliegt.

Der Hessische Städtetag stimmt der überarbeiteten Fassung des Gesetzesentwurfes zu. Unter anderem wurde im neuen Gesetzesentwurf die umstrittene Regelung zum fachfremden Personal ersatzlos gestrichen, ein weiterer Betreuungsmittelwert von 50 Stunden wöchentlich wurde eingearbeitet und, dass die Träger von Tageseinrichtungen zusätzliche Zeiten für mittelbare pädagogische Arbeit und Leitungstätigkeiten vorsehen können. Das neue Hessische Kinderförderungsgesetz sichert den Trägern von Kinderbetreuungseinrichtungen eine höhere finanzielle Förderung zu.

Stadtverordneter Piaskowski führt aus, dass in dem Beschlussvorschlag eine Resolution enthalten ist. Die Verwaltung sollte dies prüfen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den von der CDU-FDP-Koalition im Hessischen Landtag vorgelegten Entwurf des sog. Kinderförderungsgesetzes (KiföG) ab. Das Gesetz steht im Gegensatz zu den Zielen einer guten, pädagogisch sinnvollen Arbeit in den Kinderbetreuungseinrichtungen und angemessenen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Es wird vielmehr dazu beitragen, die Qualität der Arbeit der Kinderbetreuungseinrichtungen zu verschlechtern.

Deshalb fordert die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat der Stadt Idstein auf, in der anstehenden parlamentarischen Beratung über die kommunalen Spitzenverbände, die Fachverbände und auch gegenüber Sozialminister Grüttner darauf hinzuwirken, dass der Entwurf des Kinderförderungsgesetzes zurückgenommen und umfassend überarbeitet wird. Der Magistrat wird aufgefordert, dabei deutlich zu machen, dass es die Aufgabe des Landes Hessen sein muss, die Betreuungssituation in den Kindertageseinrichtungen von U3 bis zu Betreuungsangeboten in der Grundschule nachhaltig zu verbessern statt zu verschlechtern. Das bezieht sich insbesondere auf die Gruppengrößen, die Qualifikation, Fortbildung und Arbeitsbelastung der Beschäftigten sowie eine angemessene anteilige Finanzierung der Einrichtungen durch das Land Hessen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 8 Nein: 4 Enthaltung: 0

Tagesordnung I

Berichterstatter Stadtverordneter Gärth

4	063/2013	Antrag der FWG-Fraktion betr. Idstein als "Fairtrade Town"
---	----------	------------------------------------------------------------

4.1	072/2013	Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung der Drucksache-Nr. 063/2013 betr. Idstein als "Fairtrade Town"
-----	----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, **Stadtverordneter Beranek**, verweist auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, Drucksache-Nr. 72/2013, welcher den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt.

Stadtverordneter Gärth erläutert den Antrag der FWG-Fraktion, wonach sich die Stadt Idstein für den Fairen Handel engagieren und den Titel „Fairtrade Town“ anstreben soll.

Stadtverordneter Piaskowski berichtet über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, wonach bereits in Idstein Aktivitäten und Handel mit Fair-Trade-Produkten zu verzeichnen ist. Der Änderungsantrag zielt in die gleiche Richtung wie der Beschlussvorschlag der FWG-Fraktion mit der Ergänzung, dass die Anforderungen und Maßnahmen zum Erhalt der Auszeichnung „Fairtrade-Town“ aufgeführt sind.

Bürgermeister Krum schlägt einen gemeinsamen Beschlusstext aus beiden Anträgen vor. Die FWG-Fraktion und CDU-Fraktion stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

Beschluss:

1. Der Magistrat wird gebeten die Voraussetzungen zu schaffen, um den Titel „Fairtrade-Town“ zu erlangen.
2. Der Magistrat wird gebeten, geeignete Maßnahmen zu ergreifen und zu den Haushaltsberatungen über umgesetzte Maßnahmen zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltung: 1

Tagesordnung II

5	068/2013	Antrag der SPD-Fraktion betr. Bericht zum Sozialen Wohnungsbau in Idstein
---	----------	---------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Stadtverordneter Vogel erläutert die Beschlussvorlage der SPD-Fraktion zum Sozialen Wohnungsbau in Idstein.

Bürgermeister Krum informiert zu den aufgeführten Fragen im Berichtsantrag zum sozialen Wohnungsbau in Idstein. Der Bericht der Verwaltung wird dem Protokoll beigelegt.

Stadtverordneter Garkisch bittet zum Punkt 6 des Beschlussvorschlages um Sachstand, wie viele Wohnungen im Jahr 2011 durch eine Fehlbelegungsabgabe betroffen waren. **Bürgermeister Krum** sichert eine Beantwortung zu.

(**Protokollnotiz:** Im Jahr 2011 waren 80-90 Haushalte von der Fehlbelegungsabgabe betroffen.)

Die SPD-Fraktion erklärt, dass der Antrag nach Vorlage des Berichtes als erledigt anzusehen ist.

6	Mitteilungen des Magistrats
---	-----------------------------

Bemerkungen:

Bürgermeister Krum informiert zum Sachstand Kostenausgleich gemäß § 28 HKJGB. Der Rheingau-Taunus-Kreis strebt eine Vereinbarung zwischen den Städten und Gemeinden im Kreis an. Die Vereinbarung soll zukünftig den Kostenausgleich nach § 28 HKJGB regeln. Innerhalb des Kreises soll weiterhin auf einen Kostenausgleich verzichtet werden. In der Vereinbarung soll das Verfahren über den Kostenausgleich gegenüber Städten und Gemeinden außerhalb des Rheingau-Taunus-Kreises geregelt werden. Der Vertragsentwurf des Rheingau-Taunus-Kreises wird dem Protokoll beigelegt.

Verwaltungsangestellter Rinke berichtet, dass diese Regelung für die Stadt Idstein nicht zum Vorteil ist, da mehr Kinder aus Nachbargemeinden in Idsteiner Kindertagesstätten betreut werden als umgekehrt.

7

Verschiedenes

Bemerkungen:

Stadtverordneter Swarovsky-Pergande bittet um Sachstand zum Spielplatz in Wörsdorf, welcher seit längerem wegen Instandhaltungsarbeiten geschlossen ist. **Verwaltungsangestellter Rinke** berichtet, dass der Spielplatz nach Abschluss der Arbeiten ab dem 23. April 2013 geöffnet ist.

Stadtverordneter Piaskowski bittet um Sachstand zur Sanierung der Fassade „Killingerhaus“. **Bürgermeister Krum** informierte, dass die Sanierungsarbeiten an der Fassade voraussichtlich bis zum 30. September 2013 abgeschlossen werden.

Stadtverordneter Gärth berichtet über die Veranstaltung „Hexenmarkt“ und merkt an, dass viele Besucher des Hexenmarktes über Strafzettel des Ordnungsamtes klagten.

Stadtverordneter Müller bittet um Sachstand zur Flächenutzung des ehemaligen Standortes der PSI Schulcontainer. **Bürgermeister Krum** informierte, dass der Kreis hierzu anstrebt, die Fläche zukünftig als Parkplatz für Lehrkräfte der PSI nutzen zu wollen. Die Stadt Idstein strebt eine einvernehmliche Lösung an, die den Interessen der Stadt und der Anwohner im Bereich Dammühlenweg gerecht wird.

Da keine weiteren Punkte vorgetragen werden, schließt der stellv. Vorsitzende des Ausschusses, **Stadtverordneter Beranek** die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Kultur, Sport und Soziales um 21.58 Uhr.

Jürgen Beranek
Stellv. Vorsitzender

Markus Tuschy
Schriftführer